



Foto: Archiv

Lehren aus dem Volksentscheid

Am Ende machte sich Erleichterung breit. Die Tempelhof-Befürworter hatten das notwendige Quorum um 80.000 Stimmen – also irgendwo zwischen knapp und deutlich – verfehlt. Angesichts einer Kampagne der Springer-Presse, wie es sie in Berlin seit Jahren nicht mehr gegeben hat, der Interventionen durch einflussreiche Konzernchefs und die Bundeskanzlerin und angesichts eines Werbeetats von über 2 Mio. Euro konnte man sich dessen nicht sicher sein.

Zumal auch uns im Vorfeld Fehler unterlaufen sind. Zu spät haben wir auf eine Debatte über eine sinnvolle Nachnutzung des Geländes unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gedrängt. Zu sehr haben wir uns vielleicht auf die Kraft des rationalen Argumentes verlassen, dass die Entscheidungen zur Schließung des Flughafens juristisch bindend sind und keinen Spielraum offen lassen. Emotionen scheren sich nicht um Argumente.

Stolz können wir dagegen auf viele Mitglieder unserer Partei sein, die in den vergangenen Wochen unermüdlich für ein Nein beim Volksentscheid geworben haben. Das Votum in den östlichen Bezirken für die Schließung des Flughafens wäre ohne unseren Einsatz weniger deutlich ausgefallen. Mit Blick auf den Wahlkampf im kommenden Jahr war das eine gute Generalprobe.

Bewährt hat sich auch das Instrument der direkten Demokratie. Gerade weil sich gezeigt hat, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sich auch durch massivste Propaganda nicht so einfach manipulieren lässt. Nachbessern sollten wir allerdings bei den Regelungen zur Offenlegung von Spenden. Denn nur ein informierter Bürger ist auch ein mündiger Bürger.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

Gute Arbeit muss drin sein! – Das war das Motto der DGB-Kundgebung am 1. Mai und Thema des Landesparteitags der Berliner LINKEN am 26. April. DIE LINKE will den gesetzlichen Mindestlohn endlich einführen und Lohndumping verhindern. Sie will prekäre Beschäftigung wie 1-Euro-, Mini- und Midi-Jobs zurückdrängen und tarifliche, sozial- und arbeitsrechtliche Standards stärken.

Arbeit, von der man leben kann

Unter der Überschrift „Gute Arbeit in Berlin“ befasste sich der Landesparteitag der Berliner LINKEN vor allem mit Arbeit zu schlechten Bedingungen und damit, wie diese überwunden werden können. Gravierende Veränderungen in der Arbeitswelt und viele Regelungen der Bundespolitik haben dazu geführt, dass Berlin bereits als Hauptstadt prekärer Beschäftigung gilt. Neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen inzwischen rund zur Hälfte auf der Basis von Leiharbeit. Auch Pauschal- und 1-Euro-Jobs haben die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder auch Teilzeitbeschäftigung zurückgedrängt. Meistens sind die Konditionen schlechter als bei einer Festanstellung im Normalarbeitsverhältnis. Das hat Folgen: Verschlechtert sich die Auftragslage für ein Unternehmen, landen die Beschäftigten als Erste wieder vor der Tür. Es gibt keine Sicherheit für die Lebensplanung. Das wiederum bleibt nicht ohne Auswirkungen auf Familie, Freundschaften, Nachbarschaft, kurz gesagt: auf die sozialen Beziehungen und den sozialen Zusammenhalt. Hier als Landesregierung gegenzusteuern ist keine einfache Aufgabe. Soweit wir es selbst beeinflussen können, wie beim öffentlichen Dienst oder bei der BVG, tragen wir z.B. durch den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen und langjährige Arbeitsplatzgarantien zu einem sicheren Grundgefühl bei. Das sollte nicht gering geschätzt werden.

Doch zum Teil schützen auch Tariflöhne nicht vor Armut. Dabei sind über 70 Prozent der Bezieher von Armutslöhnen in Deutschland Frauen. Hinzu kommt deren ungerechte Bezahlung. Während Männer im Schnitt 15,74 Euro die Stunde bekommen, erhalten Frauen nur 11,90 Euro.

Unser Parteitag hat gezeigt: Wir benennen die Probleme nicht nur, wir arbeiten auch an Lösungen. In der Arbeitsmarktpolitik orientieren wir darauf, gegen den bundespolitischen Druck aus der Hartz-Philosophie das Fördern in den Vordergrund zu stellen. Auch unser öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) trägt dazu bei, dass Menschen wieder Perspektive, Qualifikation und ein Einkommen zum Leben haben.

Weitere Stichworte sind die Initiativen für den gesetzlichen Mindestlohn, Vereinbarungen zu Mindeststandards bei der Arbeitsgestaltung, aber auch die Neudefinition von Zumutbarkeit und Sittenwidrigkeit. Die Kontakte zu den Gewerkschaften, auch zur IG Metall, die sich besonders dem Thema prekäre Beschäftigung widmet, sind dabei eine gute Unterstützung. Vielleicht gelingt es hier gemeinsam, auch bundesweit etwas zu erreichen, damit Arbeit gut, zunächst einmal besser wird, wovon Frauen dann natürlich gleichermaßen profitieren.

■ Carola Bluhm
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
im Abgeordnetenhaus

Thema:

Keine Zustimmung zu Staatsschnüffelei

Die Berliner Linksfraktion will den jetzt vorliegenden Vorschlag zum BKA-Gesetz vor der Beratung im Bundesrat genau prüfen. Der Schutz der Privatsphäre einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers sei dabei Maßstab, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin Marion Seelig. Sie kritisierte eine Entwicklung, wonach das Bundeskriminalamt (BKA) zunehmend mit Befugnissen ausgestattet werde, „die aus gutem Grund im föderalen System bei den Länderpolizeien angesiedelt sind“. DIE LINKE wendet sich gegen Video-Spähangriffe auf private Wohnungen ebenso wie gegen die Online-Durchsuchung von Computern.

Tarifvertrag für angestellte Lehrer

Die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus hat die Einigung zwischen Innensenator Ehrhart Körting und der Gewerkschaft GEW begrüßt. „Damit findet der tariflose Zustand für die rund 5.000 angestellten Lehrerinnen und Lehrer in der Stadt ein gutes Ende“, erklärte Fraktionschefin Carola Bluhm. Sie wertete die Einigung, wonach die nach 2004 eingestellten Lehrkräfte ab kommendem Schuljahr ein halbes Monatsgehalt Weihnachtsgeld erhalten und außerdem die Gehälter zum 1. Januar 2010 um 4,4 Prozent steigen werden, als besondere Leistung für das noch immer hochverschuldete Berlin.

Neue Chance für Agrarwissenschaften

Die Chancen für den Erhalt der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät (LGF) der Humboldt-Universität haben sich verbessert. Während der Wissenschaftsrat noch die Auflösung der Fakultät empfohlen hatte, wurde nun auf einer vom Präsidium der Humboldt-Universität veranstalteten Konferenz die Leistungsfähigkeit dieser traditionsreichen Einrichtung unterstrichen. Für den Erhalt der LGF machen sich die Linksfaktionen in Berlin, Brandenburg und im Bundestag stark.

DIE LINKE ist grün

Landesweite Klima-Tagung am 7. Juni in Berlin

In unserem Wahlprogramm haben wir uns vorgenommen: Wir wollen die Lebensqualität für die Menschen in der Stadt sichern und erhöhen, indem wir ökologische Ziele wie den Erhalt von städtischem Grün, den Schutz von Wasser und Boden und auch den Einsatz von erneuerbaren Energien stärker berücksichtigen und fördern. Diesen Zielen fühlt sich die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Umwelt verpflichtet. DIE LINKE stellt im Berliner Senat erstmals die Umweltsenatorin – auch das ist eine gute Voraussetzung, um die Themen Nachhaltigkeit, insbesondere Ökologie und Klimaschutz stärker in den Fokus linker Politik zu rücken.

Am 7. Juni laden der Berliner Landesverband der LINKEN und die LAG Umwelt gemeinsam zu einer landesweiten Tagung zum Klimawandel und zu den Herausforderungen für eine bessere Lebensqualität in der sozialen Metropole Berlin ein. Die Berliner Tagung ist nicht nur eine Nachfolgeveranstaltung der bundesweiten Klimakonferenz der LINKEN vom November 2007 in Hamburg, sondern es geht um ganz spezielle Berliner Themen. So sind die Planungen für den Ersatz eines Kraftwerks von entscheidender Bedeutung für das Erreichen der im Landesenergieprogramm Berlin 2006–2010 vorgenommenen CO₂-Minderungsziele und werden ein wichtiger Gegenstand der Tagung sein.

Mandatsträger/-innen aus dem Senat, dem Abgeordnetenhaus und den Bezirken, Expertinnen und

Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie Vertreter/-innen von Umweltorganisationen und Vereinen werden sich im Erfahrungsaustausch und in vielfältigen Diskussionen mit dem Thema Klimaschutz in Berlin beschäftigen: Wo steht Berlin – und was muss getan werden? Welche Klimafolgen sind für die Stadt zu erwarten? Welche politischen Entscheidungen sind nötig? Wie sozial lässt sich Klimaschutz gestalten?

Das Eröffnungsreferat zum Thema „Klimaschutz kontra Lebensqualität?“ hält Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Anschließend geht Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, der Frage nach, wie sich Berlin zum Kompetenzzentrum für Zukunftstechnologien entwickeln und der Klimaschutz sich als Motor für Wirtschaft und Beschäftigung in Berlin erweisen kann. Eine Podiumsdiskussion wird sich auch mit den für linke Politik wichtigen sozialen Aspekten des Klimawandels befassen und sicher reichliche Anregungen für die nachfolgenden Fachforen bieten. Die Tagung ist ein Auftakt für weitere Nachhaltigkeitsveranstaltungen und soll Gelegenheit bieten, innovative Ideen zu entwickeln, sie einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und machbare Initiativen für die weitere politische Arbeit in Berlin anzuregen.

■ *Marion Platta, MdA, Sprecherin der AG Umwelt*

Klimaschutz – Linke Perspektiven für die Zukunft Berlins

7. Juni, 10–18 Uhr, Max-Taut-Aula (OSZ), Fischerstr. 36, 10317 Berlin-Lichtenberg (S-Bhf. Nöldnerplatz)

Eröffnungsvorträge: *Klimaschutz kontra Lebensqualität?* – Katrin Lompscher, Senatorin, *Berlin wird Kompetenzzentrum für Zukunftstechnologien?* – Harald Wolf, Senator

Podiumsdiskussion: *Sozialverträgliche Gestaltung des Klimaschutzes* – mit Werner Rügemer (Freier Journalist, Köln), Dr. Lothar Kramm (Berliner Stadtreinigung), Andrej Holm (Sozialwissenschaftler), Dr. Kirsten Tackmann (MdB, Fraktion DIE LINKE), Moderation: Wolfgang Pomrehn (Freier Journalist)

Fachforen:

1. *Klimawandel und Wege zur Hauptstadt der erneuerbaren Energien*
2. *Klimawandel und Konzepte für energetische Gebäudesanierungen in Berlin*
3. *Klimawandel und städtische Herausforderungen: Flächennutzung, Biodiversität, Wasserversorgung, Luftverbesserung*
4. *Klimawandel und Verbraucherverhalten*
5. *Klimawandel und nachhaltige Bildung*

Podiumsdiskussion: *Beiträge Berlins zum Klimaschutz in den Kompetenzfeldern Energie und Umwelt* – mit Harald Wolf, Katrin Lompscher, Michael Geißler (Berliner Energieagentur GmbH), Dr. Klaus Müschen (Umweltbundesamt), Andreas Jarfe (BUND Berlin), Helke Scharfenberg (BI Nein zum Kohlekraftwerk), Moderation: Björn Schering (DIE LINKE im Bundestag)

Schlusswort und Ausblick: Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender

Anmeldung und weitere Informationen: www.die-linke-berlin.de/klima oder telefonisch: 030/ 24 009 289



Foto: Axel Hildebrandt

„Zug der Erinnerung“ an die Deportation von 12.000 Kindern – 4646 allein aus Berlin – in die Vernichtungslager der Nazis. Der Zug hielt im Ostbahnhof, in Lichtenberg, in Schöneweide, im Westhafen und im Grunewald. Dem voraus gingen Proteste gegen das skandalöse Verhalten der Deutschen Bahn AG, die unter fadenscheinigen Gründen Haltepunkte in Berlin verwehrt und hohe Streckengebühren von den Veranstaltern verlangte.

Nicht die EU ist der Bösewicht

Der fehlende Mindestlohn in Deutschland ist das eigentliche Problem

„Vor Gericht und auf hoher See sind wir alle in Gottes Hand!“ Das schien sich erneut zu bestätigen, als der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 3. April das niedersächsische Landesvergabegesetz zu Fall brachte. Das Ergebnis: Keine Tarifbindung, keine Mindestlohnverpflichtung für Unternehmen, die in Deutschland tätig werden; nicht einmal bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Zweifelsohne ist das ein Skandal. Anstelle einer gründlichen Ursachenanalyse wurde jedoch parteienübergreifend das bevorzugte Spiel deutscher Innenpolitik in Gang gesetzt und – den EuGH im Visier – von allen Seiten blindlings auf „Europa“ eingedroschen.

Doch wie sehen die Fakten tatsächlich aus? Tatsache ist, dass bereits das Oberlandesgericht in Celle das niedersächsische Vergabegesetz für rechtswidrig hielt und daher den EuGH lediglich um Bestätigung seiner Rechtsauffassung anrief. Schon dies weist darauf hin, dass es sich beim Ruffert-Urteil primär um ein Problem neoliberaler deutscher Politik handelt – der Skandal ergo hausgemacht ist, denn in 22 von 27 EU-Mitgliedstaaten sind gesetzliche Mindestlöhne Realität. Zudem wurden die von den Koalitionsparteien ausgehandelten Tarifverträge in vielen Ländern für allgemein verbindlich erklärt. Und genau das ist mit dem europäischen Wettbewerbsrecht kompatibel. Es ist sogar ausdrücklich als In-

strument vereinbart, um in der EU Arbeitnehmer vor Sozialdumping per Dienstleistungsfreiheit zu schützen. Das ist der gemeinsame europäische Standard. Damit wird klar, dass es die große Koalition von CDU und SPD ist, die sich diesem europäischen Standard verweigert und damit anti-europäisch agiert. Nicht die EU ist der Bösewicht, das Problem liegt in Deutschland selbst. Was ist zu tun? Erstens muss die Bundesregierung als die tatsächlich Verantwortliche gezwungen werden, hierzulande einen gesetzlichen Mindestlohn auf den Weg zu bringen. Ferner sind die Tarifvereinbarungen der Gewerkschaften für allgemein verbindlich zu erklären. Zweitens ist zu prüfen, ob das Vergabegesetz in Berlin wirklich genauso problematisch ist wie das niedersächsische Gesetz. Dazu muss die EU-Kommission Stellung beziehen, eine entsprechende Anfrage habe ich schon eingereicht. Drittens ist die europäische Entsenderichtlinie zu ändern, da sie derzeit nicht zulässt, dass EU-Mitgliedstaaten den Arbeitnehmer/-inne/n auch einen über die Richtlinie hinausgehenden Schutz gewährleisten. Nehmen wir doch den Lissabonner Vertrag beim Wort und machen Gebrauch vom neuen Instrument der Bürgerinitiative, um diese Richtlinie zu ändern!

■ *Sylvia-Yvonne Kaufmann, stellv. Vorsitzende der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament*

Lesen gegen das Vergessen

„... dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“

Der 10. Mai 1933 war der Anfang erst, und Heinrich Heines Zitat sollte sich als prophetisch erweisen.

VERBRANNT VERBOTEN VERBANNT – viele bekannte und weniger bekannte Namen von Autorinnen und Autoren finden sich auf der Liste. „Nie sei sie in besserer Gesellschaft gewesen“, schrieb Gina Kaus in ihrer Autobiografie über die Verbrennung ihrer Bücher.

Seit mehr als 10 Jahren treffen sich Bücherfreunde auf dem Bebelplatz, um aus den Büchern zu lesen, die die Nazis vernichten wollten. Lesen gegen das Vergessen erinnert an die Verfolgten und Ermordeten, an die ins Exil Getriebenen oder zum Schweigen Gezwungenen. Viele hundert Menschen haben sich bisher daran beteiligt, haben in Bücherregalen gesucht und interessanten Lesestoff gefunden. Seit drei Jahren beteiligen sich Schülerinnen und Schüler am Lesen gegen das Vergessen. Was mit einer Klasse begann, bestimmt jetzt den Hauptteil des Programms. Wenn Bundespräsident Horst Köhler am 9. Mai in der Akademie der Künste am Pariser Platz auf einer Gedenkveranstaltung spricht, stellen die Jugendlichen auf dem Bebelplatz am anderen Ende der Allee ihre eigenständig erarbeiteten Projekte vor. Sie fragen, was das für Bücher waren und warum sie verbrannt wurden. Sie forschen nach dem Schicksal der Menschen, die den Nazis widerstanden. Sie wollen wissen, wie Einschüchterung und Zwang wirken. Und sie bekräftigen, dass man sich zur Wehr setzen muss. Heute wie damals. Bundesweit gibt es viele ähnliche Aktivitäten an den Orten, wo die Scheiterhaufen der Nazis brannten. Sie werden auf der Internetseite www.buecherlesung.de veröffentlicht.

■ *Helga Elias*

Mahnung und Erinnerung an die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933:

Lesen gegen das Vergessen, 9. Mai, 11 bis 13 Uhr auf dem Bebelplatz

TIPPI!

RENAISSANCE-THEATER – „Mutter Courage“ von George Tabori

5. und 15.5. 20 Uhr, 18.5. 18 Uhr, auch mit 3-Euro-Ticket (an der Abendkasse)

TIPPI!

KOMISCHE OPER – „La Bohème“ von Giacomo Puccini

14. und 24.5., 1.6. 19 Uhr, auch mit 3-Euro-Ticket (an der Abendkasse)

Termine:

16. Mai
Salon interkulturell, Musik & Politik
Gitarren statt Gewehre? Perspektiven für Nahost ...

Im Gespräch: Ofer Golany, Musiker und Friedensaktivist aus Israel, Kiefah Muhaisen, Vorsitzender des Palästinensischen Studentenverbandes, Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin, Jüdische Stimme für Gerechten Frieden in Nahost e.V. - Moderation: Gisela Kremberg
Im Konzert: Guns 2 Guitars! Angelika Wagener & Ofer Golany
Gesamtmoderation: Karin Hopfmann
Eintritt: 1,50 Euro
20 Uhr, Oxident Art & Eventbar, Frankfurter Allee 53, 10247 Berlin

24. Mai
Exkursion
Auf den Spuren der Revolution von 1918/1919
Führung: Martin Hantke
Helle Panke e. V. in Zusammenarbeit mit den NaturFreunden Deutschlands. Eintritt: 1,50 Euro
14–17 Uhr, Treffpunkt: Marx-Engels-Forum in Berlin-Mitte, Nähe Rotes Rathaus

26. Mai
Reihe „Alternative Metropolenpolitik für Berlin“
Öffentliche Unternehmen und Gemeinwohl in Berlin (Workshop)
Referenten und Gesprächspartner: Jens Libbe (Deutsches Institut für Urbanistik), Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (Staatssekretär), Alexis J. Passadakis (Koordinierungskreis Attac Deutschland), Harald Wolf (Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen) und weitere Vertreter von Unternehmen und Vereinigungen
Leitung und Moderation: Dr. Klaus Lederer (MdB) und Matthias Naumann (Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner)
Eintritt: 3 Euro – Bitte anmelden: Tel. 030/47538724 oder info@helle-panke.de
15–20 Uhr Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin

27. Mai 2008
Reihe „Vielfalt sozialistischen Denkens“
Der unbekanntene Lenin. Fragen an Biografen und Nachlassverwalter
Referent: Dr. Wladislaw Hedeler
Eintritt: 1,50 Euro
18 Uhr, Helle Panke e. V., Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Bitte vormerken:

7. Juni, 11–18 Uhr
Tag der offenen Tür im Abgeordnetenhaus
Die Fraktion DIE LINKE präsentiert sich mit dem Schwerpunkt „Jedem Kind die besten Chancen“
Aktuelle Infos: www.linksfraktion-berlin.de

Impressum:

DIE LINKE.
Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 29. 4. 2008

Kalenderblatt:

14. Mai 1948 - 5. Ijar 5708

„Mir zeynen do“

Das ist der Titel einer Dokumentation über den Widerstand jüdischer Partisanen im Bialystoker Ghetto, eine Liedzeile aus einem Lied der jiddischen Arbeiterbewegung.

Der Zionismus, die von Theodor Herzl begründete Bewegung für die Wiedererrichtung einer nationalen Heimstatt für das jüdische Volk in Palästina, gewann unter den Überlebenden der Shoa, des Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden, große Unterstützung. Viele von ihnen machten sich auf möglichen und unmöglichen Wegen auf, um im westlichen Palästina eine neue Zukunft frei von Rassenwahn und Antisemitismus zu finden. Mit Ablauf des 14. Mai 1948 endete das britische Mandat für Palästina, das nach Ende des 1. Weltkrieges vom Völkerbund nach Zerschlagung des Osmanischen Reiches errichtet worden war.

Doch nach dem Teilungsplan der Vereinten Nationen vom November 1947, der die Errichtung eines jüdischen und eines arabischen Staates in Palästina vorsah, hatte die Mandatsmacht keine weiteren Initiativen ergriffen.

Am Nachmittag des 14. Mai 1948, eines Freitags, versammelte sich der Jüdische Nationalrat, dem Vertreterinnen und Vertreter aller jüdischen Parteien im Mandatsgebiet angehörten, unter dem Bildnis Herzls im Stadtmuseum von Tel-Aviv. Unter ihnen der spätere Generalsekretär der Kommunistischen Partei Israels, Meir Vilner.

Sie verabschiedeten einstimmig die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel und schufen innerhalb der vom Teilungsplan für Westpalästina vorgesehenen jüdischen Gebiete

einen jüdischen Staat, Israel. Der Staat Israel „... wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten...“, formulierten sie als Aufgabe in die Unabhängigkeitserklärung des neuen Staates.

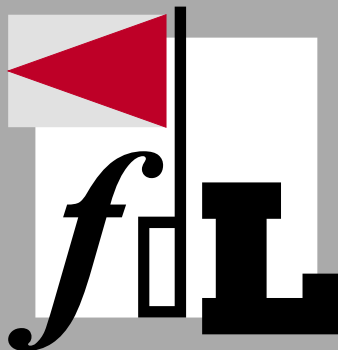
Bereits in der Nacht des 14. Mai erklärten 5 arabische Staaten dem jungen Israel den Krieg. Aufgrund der Hilfe jüdischer Organisationen aus aller Welt, der Sowjetunion, die Israel am 16. Mai 1948 diplomatisch anerkannte, und der CSR, die mit Waffen und Material half, konnte der Unabhängigkeitskrieg 1949 beendet werden. Nach jüdischem Kalender wurde Israel am 5. Ijar 5708 gegründet. Der 5. Ijar 5768 beginnt am 8. Mai Sonnenuntergang und endet am 9. Mai Sonnenuntergang. An diesem Tag wird der Staat Israel 60 Jahre alt.

Herzlichen Glückwunsch!

■ Carsten Schatz

Lesetipp:

Vortrag von Gregor Gysi „Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel“
www.linksfraktion.de/mdb_gysi_reden.php



DIE LINKE.

Fest der LINKEN

Neues Deutschland

50. ND-Pressfest

Konzerte, Politik, Lesungen, Party, Theater, Kinderfest

13.–15. Juni 2008

KulturBrauerei, Schönhauser Allee 36, Berlin-Prenzlauer Berg
www.fest-der-linken.de

SERVICE